

Regierungsratsbeschluss

vom 26. Oktober 2009

Nr. 2009/1933

**Volksinitiative zur „Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden“;
Stellungnahme des Regierungsrates zum Änderungsantrag der Justizkommission (JUKO) vom 15.
Oktober 2009 (VI 177/2009)**

1. Erwägungen

Mit Datum vom 15. Oktober 2009 unterbreitet die Justizkommission (JUKO) ihren Änderungsantrag zum Beschlussesentwurf.

Der Beschlussesentwurf soll lauten:

1. Die Volksinitiative zur „Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden“ wird für gültig erklärt.
2. Der Initiative wird zugestimmt.
3. Der Regierungsrat wird beauftragt, innert zwei Jahren einen dem Begehren entsprechenden Beschlussesentwurf vorzulegen.

2. Beschluss

Der Regierungsrat lehnt den Änderungsantrag der Justizkommission ab und hält an seinem ursprünglichen Antrag auf Ungültigerklärung fest.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilagen

Änderungsantrag der JUKO vom 15. Oktober 2009

Verteiler

Polizei Kanton Solothurn

Departement des Innern

Bau- und Justizdepartement

Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn

Kantonaler Informations- und Datenschutzbeauftragter

Aktuarin Justizkommission

Staatskanzlei

Parlamentsdienste (2)

Traktandenliste Kantonsrat

Initiativkomitee „Nennung der Nationalitäten in Polizeimeldungen“, Bettlachstrasse 141,
2540 Grenchen